

# mittendrin

Ausgabe 09 / 2012  
Information des  
Bezirksvorstandes  
und der BVV-Fraktion  
DIE LINKE Berlin-Mitte

## Der Mieter als politischer Akteur

*Bewohner der Wilhelmstraße wehren sich gegen den geplanten Abriss ihrer Häuser*

**W**ohnungspolitisch hat die gegenwärtige Landesregierung wenig zu bieten. Sie nimmt bestenfalls die Rolle des Beobachters wahr und moderiert gelegentlich die Prozesse, die vor unserer aller Augen ablaufen. Wofür der Senat steht, ist nicht erkennbar. Probleme erkennen, benennen, diskutieren, lösen?

Nicht im Bereich der Wohnungs- und Mietpolitik.

Dick hatten sie aufgetragen, um an die Macht zu kommen bzw. an ihr haften zu bleiben. Viel versprochen hatten sie auch in der Koalitionsvereinbarung, um die bestehenden und sich verschärfenden wohnungspolitischen Widersprüche in dieser Stadt zu entschärfen. Sie versprachen sich und uns: „Aufgrund der wohnungspolitischen Entwicklung einen „Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen)“ mit Beteiligung der Wohnungswirtschaft, Eigentümerverbände, städtischen Wohnungsgesellschaften und Vertreterinnen und Vertretern der Mieterschaft zu erarbeiten. Darin werden die wohnungspolitischen Ziele und deren Maßnahmen für die nächsten zehn Jahre definiert.

Berlin ist und bleibt eine Mieterstadt. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, wollen wir auch in der Innenstadt mehr Wohnraum schaffen.“ (Zitat Koalitionsvereinbarung SPD-CDU 2011)

Und im Wahlprogramm von 2011 erklärte uns die Berliner SPD noch, sie sei „Garant



1988 gebaut – jetzt Abriss für mehr Profit?

dafür, den Immobilienspekulationen entgegenzuwirken. Die SPD tut alles, um die Mieten in Berlin bezahlbar zu halten.“

Die Mieter der Wilhelmstraße 56-59 machen da gerade ihre ganz eigenen Erfahrungen mit der herrschenden Politik und

der privaten Wohnungswirtschaft. Sie wohnen halbwegs preiswert in bester Innenstadtlage. Und das wird ihnen zum Verhängnis. Die Plattenwohnungen erinnern an andere wohnungspolitische Grundsätze einer anderen Zeit in einem anderen System – ein wohnungspolitisches Denkmal. Müssen sie auch deshalb weg? Warum auch immer. Der Senat unterstützt den geplanten Abriss der ca. 100 Wohnungen nach besten Kräften. Ein von ihm beauftragtes Sozialplanverfahren soll den Auszug der Mieterinnen und Mieter beschleunigen. Das ist der einzige wohnungspolitische Beitrag der Landesregierung. Nun ist es an den Mieterinnen und Mietern, den Regierenden bei der Umsetzung ihrer Programme und Vereinbarungen behilflich zu sein.

Die Bewohner haben es in der Hand, die Wohnanlage aus den achtziger Jahren zu erhalten. Wenn sie ihre Rechte wahrnehmen, hat der Immobilienspekulant keine Chance. Dafür sorgt ein Nachtrag zum Mietvertrag, der den Bewohnern lebenslanges Wohnrecht sichert, auch wenn die wirtschaftliche Verwertbarkeit keine maximale ist.

Darum liebe Mieterin, lieber Mieter – bleibt alle! Erhaltet familiengerechten und bezahlbaren Wohnraum in der Innenstadt. Ersetzt mit Euren Aktionen eine zweifelhafte Politik!

**Sven Diedrich**  
Wohnungspolitischer Sprecher

**DIE LINKE KINONACHT** Eintritt frei

**Alles außer gewöhnlich**

Berliner Identitäten

21.09. ab 18

**BABYLON**

am Rosa-Luxemburg-Platz

[www.linkekinonacht.de](http://www.linkekinonacht.de)

**DIE LINKE.**

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Bericht aus der BVV



## Bürger bremsen BVV aus

... die Herren Rauskolb und Reschke verloren die Nerven

**Zur ersten Sitzung nach der Sommerpause brauchten sich die Bezirksverordneten über mangelndes Bürgerinteresse nicht zu beklagen. Zwei Themen der Tagesordnung, die Seniorenfreizeitstätte in der Schulstraße und die neuen Mauerparkplanungen, sorgten für außergewöhnlich viele Gäste.**

Mehrere Bürgeranfragen waren dazu eingereicht worden und eine aktuelle Stunde sollte sich mit den Anfragen und Drucksachen zum Mauerpark befassen. Das Gebäude der Seniorenfreizeitstätte ist asbestbelastet und wird sehr bald abgerissen. Eine Ausweichstätte für die sehr beliebte Freizeiteinrichtung ist noch nicht gefunden

und die Senioren bangen um ihre Einrichtung. Bürgerinitiativen für den Mauerpark hatten zu einer Kundgebung gegen die Bebauungspläne im Mauerpark vor dem Rathaus Mitte aufgerufen und so artikuliert schon vor Beginn der Sitzung eine bunte Menschengruppe ihren Protest.

Die wenigen Sitzreihen im BVV-Saal für Gäste waren schnell besetzt. Viele standen an den Wänden oder drängten sich an den Türen zum Sitzungssaal, um die Beratung mitverfolgen zu können. Ja, es stimmt, der Sitzungssaal war viel zu klein, um den Besucheransturm aufnehmen zu können. Aber war es nötig, dass der BVV-Vorsteher, Herr Rauskolb (CDU), die polizeiliche Räumung des Saals

androhte, wenn die Bürger nicht den Raum verließen? Eine von der Linken einberufene Ältestenratssitzung sollte die Situation klären. Die Mehrheit aus SPD und CDU wollte jedoch nur eine Fortsetzung der Sitzung, wenn die meisten Bürger den Saal verließen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Torsten Reschke, trug mit seinem Auftritt zur weiteren Eskalation bei, als er von Drohmails gegen sich und seine Fraktion berichtete. Sogar von Molotowcocktails war die Rede. Er sehe die Sicherheit für diese Beratung nicht gewährleistet. Das empörte viele. Anwohnerinnen und Anwohner des Mauerparks – Mütter und Väter mit ihren Kindern – fühlten sich durch diese Ansprache diskreditiert. Sie waren friedlich zu einer öffentlichen Veranstaltung erschienen. Sie mit Gewalttätigen und Bedrohungen in Verbindung zu bringen, war absurd. Sie wollten sich auf diese Art nicht nach Hause schicken lassen. Und so blieben sie im Saal, auch wenn in der Zwischenzeit Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei vor dem Rathaus auffuhren. Dabei hatten sie die volle Unterstützung von Linke, Grüne und Piraten.

Erst nach einer weiteren Stunde Unterbrechung der BVV und Beratung des Ältestenrates gab es eine sinnvolle Lösung. Die BVV beschloss unter dem Beifall der Bürger, diese Sitzung zu beenden und eine neue anzuberaumen. Es wird ein größerer geeigneter Raum angemietet, damit allen interessierten Bürgern die Möglichkeit zur Teilnahme gegeben werden kann.

Für alle Anwesenden war es ein Lehrstück, wie es geht, wenn Politik nicht mit den Bürgern rechnet!

**Dr. Elke Reuter**

## Ausfahrt und Ende für A13?

**Die A13 führt von Berlin Schönefeld nach Dresden Nord und ist 152 km lang. Das ist eine relativ kurze Strecke und doch ist sie so wichtig für die, die darauf fahren.**

Der Schülerladen A13, benannt nach der Adresse Amsterdamer Straße im Wedding, wurde nach fast 40jährigem Bestehen am 10. August 2012 geschlossen. In den 40 Jahren ist dort enorm viel Gutes passiert: Kinder haben ein zweites Zuhause gefunden, einen Ort zum Austoben, Aussprechen, zum Beisammensein mit Freunden, zum Lernen und zum Erwachsenwerden - alles zunächst als Initiative von sozial Engagierten, später dann mit öffentlicher Finanzierung.

Im Januar 2012 fasste der Vorstand des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB)

den Beschluss, den Laden zum 30.06.2012 zu schließen. Aufgrund der Proteste der Kinder und ihrer Eltern, sowie auf Drängen des Jugendhilfeausschusses wurde das Bezirksamt beauftragt, für eine Überleitung der Kinder in eine gleichartige, neu zu gründende Einrichtung an einem anderen, nahen Standort zu sorgen. Dummerweise waren die für das 2. Halbjahr vorgesehenen Gelder bereits aus dem Haushaltsplan genommen, so dass jetzt beim Senat die Erlaubnis für eine Umverteilung einzuholen ist. Und da der Bezirk zuerst gar keinen, dann keinen plausiblen Haushalt vorgelegt hat, lässt sich der Senat Zeit mit solchen Erlaubnissen. Eine vertrackte Situation!

Mut macht, dass es einen Träger gibt, der den Neuanfang wagen will und dass viele

engagierte Menschen, wie wir Linken auch, das Projekt und die Kinder unterstützen. Die Kinder, die gerade im Herbst des letzten Jahres ein Kinderparlament gegründet hatten, wie der DKSB mit Stolz in seinem Jahresbericht vermerkte. Tolle, selbstbewusste Kinder, die unerschrocken und klar für ihre Sache streiten. Kinder, die uns daran erinnern, dass wir ihrem Wohle verpflichtet sind.

Am 1. September veranstaltete die Initiative „Jugend verschwindet“ eine große Protestkundgebung am Roten Rathaus für den Erhalt der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen in dieser Stadt. Ich finde, das ist eine gute Gelegenheit, Solidarität zu zeigen.

**Susanne Fünfstück**



# Mietenexplosion ist Folge verfehlter Wohnungspolitik

Am Rosenthaler Platz steigen die Mieten – wie überall in der Innenstadt

**In immer mehr Städten und Regionen spitzt sich die Situation am Wohnungsmarkt zu. Nicht erst seit gestern ist klar: Deutschland steuert auf eine neue Wohnungsnot zu. Dramatisch gestiegene Mieten und Mietnebenkosten sowie fehlende mietpreisgebundene Sozialwohnungen sind bittere Realität in fast allen deutschen Großstädten.**

Die Politik hat auf dem Gebiet der Bau- und Wohnungspolitik völlig versagt. Wieder einmal haben darunter vor allem Geringverdiener und die Schwächsten der Gesellschaft zu leiden, für die Wohnen immer weniger bezahlbar ist. Bereits in fünf Jahren werden in Deutschland mehr als 800.000 Wohnungen fehlen. Selbst Normalverdiener können sich in den Ballungszentren kaum mehr die Mieten leisten. Schon heute geben sozial benachteiligte Haushalte bis zu 50 Prozent ihres Einkommens für Miete, Wohnnebenkosten und Heizkosten aus. Die Menschen haben immer weniger Geld für Bildung, Kultur und gesunde Ernährung zur Verfügung. Die Folgen sind soziale Ausgrenzung und zunehmende Verdrängung von Geringverdienern an den Stadtrand oder aufs Land.

## Die Linke – Fraktion in der BVVMitte von Berlin

Die Sprechzeiten im Fraktionsbüro finden  
Dienstag von 17.00 – 18.00 Uhr und  
am 3. Mittwoch von 10.00 – 11.30 Uhr,  
im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,  
10178 Berlin, Raum 114 statt.  
Telefon. 901824565

Um die Mieterinnen und Mieter zu schützen, muss an verschiedenen Stellen ange-  
setzt werden.

Zum einen über das Mietrecht. In seiner jetzigen Form ist es nicht zeitgemäß und schützt den Mieter nicht mehr angemessen vor Mieterhöhungen. Das kürzlich von der Bundesregierung eingebrachte Mietrechtsänderungsgesetz geht genau in die entgegengesetzte Richtung und soll den Vermieter weiter stärken.

Als weitere wichtige Maßnahme muss der soziale Wohnungsbau gestärkt werden. Die jährlich vom Bund bereitgestellten 518 Mio. Euro an die Bundesländer müssen zweckgebunden werden, damit sie nicht in den Länderhaushalten versickern oder für Eigentumsförderung ausgegeben werden. Bund, Länder und Kommunen müssen ihre Grundstücke günstig für sozialen Wohnungsbau, d.h. für kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften bereitstellen.

Darüber hinaus fordern wir, dass das Wohngeld regelmäßig an die Preis- und Mietenentwicklung angepasst und eine Heizkostenkomponente – die zwei Jahre nach der Einführung 2011 von der Bundesregierung abgeschafft wurde – wieder eingeführt wird.

DIE LINKE will den Verkauf öffentlicher Wohnungen stoppen und die Rekommunalisierung bereits veräußerter Wohnungsbestände fördern. Kommunale Wohnungsbestände als Steuerungsinstrument der Sozialpolitik sind unerlässlich.

Die energetische Gebäudesanierung und die Schaffung altersgerechten Wohnraumes sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die der Bund angemessen finanziell unterstützen

muss. Die Kosten dafür dürfen nicht einseitig beim Mieter abgeladen werden.

DIE LINKE hat Anfang 2011 ein Achtpunkteprogramm für ein sozial gerechtes Mietrecht als Antrag in den Bundestag eingebracht, dessen Kernforderung die wirksame Begrenzung der Mietentwicklung ist. Darin fordert DIE LINKE konkret: Bei Neuvermietungen soll die Miete über einen Inflationsausgleich hinaus nur dann erhöht werden dürfen, wenn damit wohnwertverbessernde Maßnahmen verbunden sind. Die Höhe der Wohnkosten für angemessenen Wohnraum darf 30 Prozent des Nettoeinkommens eines durchschnittlichen Mieterhaushaltes nicht übersteigen. Andernfalls muss das Wohngeld entsprechenden Ausgleich bieten. Die höchstmögliche Umlage der Modernisierungskosten auf die Miete wird auf maximal 5 Prozent begrenzt. Energetische Sanierungsmaßnahmen sind nur dann duldungspflichtig, wenn durch die Maßnahmen für die Mieterinnen und Mieter keine unzumutbaren Härten entstehen. Darüber hinaus will DIE LINKE das Wohnen als soziales Grundrecht im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankern. Wohnungen dürfen nicht wie eine gewöhnliche Ware gehandelt werden oder ausschließlich der Profitmaximierung von Eigentümern und Fondsgesellschaften dienen.

**Heidrun Bluhm, bau- und  
wohnungspolitische Sprecherin der  
Fraktion DIE LINKE im Bundestag**

## Guter Rat für Bürger!

### Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des  
Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

**mit Rechtsanwalt André Roesener:**

- An jedem ersten Mittwoch des Monat  
von 17.00 bis 19.00 Uhr im  
Nachbarschaftszentrum  
„Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität,  
Brunnenstr. 145, 10115 Berlin statt.

- Jeden Mittwoch im Monat:  
kostenlose Beratung zu **Sozialrecht  
(Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und  
Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen  
Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert  
Butter von 17.00 bis 19.00  
(keine Anmeldung erforderlich)

**LinksTreff, Malplaquetstr. 12,  
13347 Berlin, Tel.: 28705751**

# Zündende Ideen in der „Zündholzfabrik“

Die „Fabrik Osloer Straße“ wird 30

**D**as müsste öfter gelingen: Eine Gruppe sozial und kulturell engagierter Menschen schaffte es vor 30 Jahren, den Abriss der leer stehenden Fabrikgebäude an der Osloer Str. 12 zu verhindern. Die Gruppe hatte die Idee, in diesem Gebäude Räume für Wohngemeinschaften, für Bildung und Kinderbetreuung entstehen zu lassen.

In dem Gebäudekomplex Osloer Str./Prinzenallee waren von 1870 bis zur Kriegsproduktion des Faschismus und von 1953 bis 1977 vorrangig Maschinen für die Zündholzproduktion hergestellt worden. Die veralteten und sanierungsbedürftigen Fabrikhallen wurden 1977 geschlossen und anschließend von der DeGeWo erworben.

Verschiedene Gruppen junger, sozial engagierter Menschen begannen, das Gelände zu sanieren; mit der DeGeWo wurde ein Nutzungsvertrag abgeschlossen. Zunächst konnten mehrere Räume für Jugend- und Erwachsenenwohngemeinschaften ausgebaut werden. Die Berliner Gesellschaft für Sozialarbeit verlegte ihre Geschäftsstelle in die Fabrik. Auch Siebdrucker, Bildhauer, Musiker und andere Künstler konnten hier Räume nutzen.

In den Folgejahren haben zahlreiche Projekte und Initiativen auf dem Gelände



Ein beliebter Treffpunkt im Kiez

Fuß gefasst. Zur gemeinsamen öffentlichen Interessenvertretung wurde dann 1982 der Verein „Fabrik Osloer Straße e.V.“ gegründet. Drei Beispiele für die Nachbarschaftsarbeit der mittlerweile 15 Projekte der Fabrik:

## Putte e. V. - die multikulturelle Kita

In der Putte gibt es ein großes Spielangebot für 30 Kinder verschiedener Nationalitäten

– meist aus einem arabisch- oder türkischsprachigen Elternhaus. Im Team arbeiten vier Erzieherinnen deutscher, türkischer und arabischer Herkunft. Sprachförderung und Integration ist zentraler Aspekt der pädagogischen Arbeit.

## Wohnwerkstatt – die betreute Jugendwohngemeinschaft

Hier werden für junge Leute im Alter ab 15 Jahren sozialpädagogisch betreute Wohnplätze angeboten. Das Angebot richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene, die aus krisenhaften Situationen im Elternhaus oder aus Heimen, Kriseneinrichtungen oder anderen betreuten Jugendwohngemeinschaften kommen.

## Nachbarschaftsetage

Die Nachbarschaftsetage der Fabrik ist zu einem wichtigen Treffpunkt für Stadtteil-Kontakte und sozialkulturelle Begegnungen geworden. Schwerpunkte sind die Familienbildung, Kursangebote rund um Eltern-Kind-Probleme, speziell Sprachförderung, aber auch Sozial- und Rechtsberatung. Es gibt Seminarräume, Kieztreffs, ein Café, einen Theatersaal und vieles mehr.

**Rainer Scholz**

## Bei anderen gelesen

### Berlin hat den Sonnen-Blues

Energie. Das größte Solarkraftwerk Berlins auf dem Dach des Moabiter Großmarkts ist am Netz. Es ist die 4.400. dezentrale Photovoltaik-Anlage, die in Berlin ans Netz gegangen ist. Für Stadtstaaten sind solche Anlagen eine vielversprechende Quelle sauberer Energie. *„taz“, 20.08.2012*

### Willkürliche Vergleiche

Es gibt eine bedenkenlose Instrumentalisierung der NS-Zeit für aktuelle politische Zwecke. Willkürliche Vergleiche mit Personen und Parolen des dritten Reiches werden immer wieder benutzt, um dem eigenen Standpunkt Nachdruck zu verleihen und den Kontrahenten moralisch zu erledigen. Der inflationäre Gebrauch und die leichtfertige Verwendung der Worte Antisemit und Antisemitismus ist politisch gefährlich, weil die Begriffe bis zur Bedeutungslosigkeit verharmlost und völlig

sinnentleert werden und am Ende niemand sie mehr ernst nimmt.

*„Neues Deutschland“, 15.06.2012*

Deutsche schufteten immer öfter nachts und am Sonntag. Flexibilität bis hin zur Selbstaussbeutung ist auf dem Arbeitsmarkt gefragt. Bei den Vollzeit-Beschäftigten werden die Arbeitstage länger – und jeder elfte Arbeitsvertrag ist nur noch befristet. Ein großer Trend war die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung, die zu 80 Prozent Sache der Frauen ist. An ihren Arbeitsplätzen schätzen die Deutschen unverändert Beständigkeit.

*„Financial Times“, 20.08.2012*

### Das Zentrum der Macht

Die Wilhelmstraße war, was dem heutigen Passanten kaum noch begreiflich ist, von 1870 bis 1945 das deutsche Machtzentrum, sie war das Synonym, so wie es Downing Street und Kreml noch heute für Grossbritannien und Russland sind. Von der Wilhelmstraße, in der so viele

Grausamkeiten geplant wurden und die so furchtbar zerstört wurde, nach Norden in Richtung Leipziger Straße liegt der Wilhelmplatz, der heute ein merkwürdig verhuscht wirkendes Areal ist ohne Gesicht und Proportion, der nichts mehr hergibt von seiner Geschichte. Dort mag man das Verschwinden des deutschen Machtzentrums am intensivsten nachempfinden können. *„taz“, 20.06.2012*

### SOS Kinderdorf in Moabit

Mit dem Begriff „SOS Kinderdorf“ assoziieren viele Menschen die dritte Welt und Kriegswaisen. Doch auch mitten in Berlin-Moabit gibt es ein solches, wo Mädchen und Jungen ohne ihre Eltern aufwachsen. In der Einrichtung in der Moabiter Waldstraße, dem ersten SOS-Kinderdorf in einer Großstadt, leben derzeit 24 Kinder in vier Familien mit jeweils einer Kinderdorfmutter. „Jedes Kind muss ein Recht auf Perspektive haben“, so Werner Hesse vom Paritätischen Wohlfahrtsverband.

*„Märkische Oderzeitung“, 20.06.2012*

# Menschen in Mitte

**Aziz Lamere: Aktiv für nachhaltige Integration im Kiez**

„Der Sprengelkiez ist unser Kiez, wir wollen ihn gemeinsam gestalten“, erklärt Aziz Lamere. „Mehr als 70 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren haben hier einen Migrationshintergrund. Wir sind als Migranten herausgefordert, deren und unsere Zukunft mitzugestalten“.

Der 38jährige gebürtige Kameruner ist der Projektmanager und Geschäftsführer von NARUD e.V. - dem Berliner Netzwerk für afrikanische ländliche und urbane Entwicklung in der Torfstraße 12. „Unsere gemeinnützige Organisation wirkt für die nachhaltige Integration von Menschen nicht deutscher Herkunft und das gemeinsame Zusammenwachsen aller Berliner.“

Das, was NARUD e.V. seit seiner Gründung vor acht Jahren dank seiner Mitglieder, Unterstützer und Förderer erreicht hat, kann sich wahrhaft sehen lassen. Seine Dutzenden Bildungspaten wie Frau Yigit oder Herr Yacoubou zum Beispiel sind schon den meisten Eltern des Wohngebietes gut bekannt, wenn sie Fragen zum Berliner Schulsystem haben, ihre Rechte im Schulalltag erfahren wollen oder neue Bildungsangebote für sich und ihre Kinder. „Unser Schwerpunkt ist dabei unsere Hilfe zur Selbsthilfe bei der Integration in die deutsche Gesellschaft“, betont Aziz Lamere.

So fanden rund 100 Frauen mit Unterstützung des Vereins Arbeits- und

Ausbildungsplätze, absolvierten Kurse, erlernten Computer zu beherrschen. Zu Tagesmüttern wurden elf Zuwanderinnen aus Pakistan, Bangladesh und afrikanischen Ländern ausgebildet. Kinder alleinerziehender Mütter konnten durch Nachhilfe ihre schulischen Leistungen verbessern. Selbst die afrikanischen Geschäftsleute im Kiez wissen, wo sie sich hinwenden können zu Fragen zur Führung ihrer Unternehmen, Steuer- oder Mietangelegenheiten.

„Unser Engagement ist aber genauso in unseren Herkunftsländern spürbar“, betont der Diplomingenieur für Stadt- und Regionalplanung. In seinem Geburtsland Kamerun wird in diesen Wochen eine afrikanisch-muslimische Moschee zu einem sozialen und kulturellen Zentrum für alle Religionen und Bewohner ausgebaut. Im Dorf Koupa erhält eine Schule drei zusätzliche Klassenräume.

## Höhepunkt Fußballturnier Miteinander statt Gegeneinander

„Zu einem Höhepunkt ist unser interkulturelles Fußballturnier auf dem Sportplatz Lüderitzstraße geworden“, begeistert sich Aziz Lamere. In diesem Jahr zum dritten Mal mit Mannschaften aus Migranten aus aller Welt, die gegen Teams aus Vertretern der Parteien DIE LINKE, SPD und Piraten sowie der Wirtschaft antraten. Unter den Losungen



Sorgt für Hilfe zur Selbsthilfe: Aziz Lamere

„Sport statt Gewalt“ und „Miteinander statt Gegeneinander“ kamen wieder viele Ur- und Neuberliner zu Sport und Kultur zusammen. Integration konkret.

Aziz Lamere war 1997 nach Berlin gekommen und hatte nach einem Intensiv-Deutschlehrgang an der TU Stadt- und Regionalplanung studiert. „Diese reichen Kenntnisse kann ich heute im Interesse der Berliner mit und ohne Migrationshintergrund zielgerichtet einsetzen“, betont der Vater von vier Kindern. Im Migrationsbeirat Berlin-Mitte, im Quartiersrat und im Betroffenenrat Moabit konnte und kann er kompetent mitreden und -entscheiden. [www.narud.org](http://www.narud.org).

**Matthias Herold**

## Kurznachrichten

### Herzlich willkommen!

Gäste aus dem In- und Ausland bringen immer mehr Geld nach Berlin. Sie sind 2011 mit einem Bruttoumsatz von 10,31 Milliarden Euro zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden. Das ist mehr als Branchen wie Bauwirtschaft und Industrie erwirtschaften. Nach einer Studie leben heute 275500 Berliner vom Tourismus, vier mal soviel wie vor zehn Jahren. In diese Zahl sind auch Kinder und nicht erwerbstätige Partner der Beschäftigten eingerechnet

### Mehr Unfälle, weniger Tote

Nach erfreulich niedrigen Unfallzahlen 2009 und 2010 ist es im vergangenen Jahr wieder zu mehr Unfällen gekommen – von den rund 17000 Verletzten erlitten 2000 schwere Schäden. 54 Menschen fanden

den Tod. Eine bittere Bilanz. Das sind indes weit weniger Todesfälle als vor zehn Jahren. Hohes Unfallrisiko tragen Kinder, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Auch ältere Menschen sind als Fußgänger besonders gefährdet.

### Haben Proteste erste Einsicht erzwungen?

Finanzsenator Nußbaum (parteilos) will in Kürze eine gesetzliche Regelung zum Verkauf städtischer Grundstücke vorlegen. Er bestand bislang darauf, nur das jeweilige Höchstgebot zu akzeptieren. Jetzt erklärte der Senator seine Bereitschaft, auch mit Preisabschlägen zu verkaufen. Dann müsse aber im Gegenzug gesichert sein, dass dort Wohnungen mit günstigen Mieten, Kitas oder Altersheime gebaut werden. Die LINKE, ebenso die Anwohner, die um den Mauerpark kämpfen, werden es mit Genugtuung hören. Sicher auch die SPD-Fraktion im Abgeordnetehaus, die einen

entsprechenden Beschluss an den Senator adressiert hatte.

### Kinder auf dem Trockenen

In diesem Jahr ist es dem Bezirk Mitte gelungen, den Badespaß der Kinder in den sogenannten „Planschen“ zu unterbinden. Durch die Unfähigkeit, einen Bezirkshaushaltsplan aufzustellen, floss zum ersten Mal seit 1969 kein Wasser. Respekt, Herr Finanzstadtrat Dr. Hanke, für diese Leistung.

### Ansturm auf Berlins Universitäten

Zum Wintersemester 2012/2013 verzeichnen alle Berliner Hochschulen mehr Bewerbungen als Studienplätze vorhanden sind. An der Humboldt-Universität übersteigt die Zahl der Bewerber die des Vorjahres mehrfach. Einer der Gründe: in Berlin drängt ein doppelter Schülerjahrgang zum Studium – die von den Gymnasien mit Abitur nach 12 und 13 Jahren.

Irene Runge's Spaziergang

## Manchmal ist jede Richtung richtig

**Die Mittel des Lebens meiner Gegend sind vor allem Brillen, Schuhe, Kleidung, Perlen, Weine, Zigarren und Kunst. Auch Kulinarisch sind wir reich.**

Gerade erweitert sich die Genussmeile westlich des Rosenthaler Platz um das *su-cr  & sal *. Als bald wird uns, befreit von der dumpfen Ästhetik gastronomischer Nachwende-Vorgänger, dort Frankreichs s es und salziges Backwerk zwischen Resten architektonischer Vergangenheiten munden. Natürlich wissen schlanke junge Frauen, Männer und gendermig Unentschiedene, wo sie zudem Döner, Pizzen, Eis, Asiafood und Bier finden, und, dass Galerien zu Vernissage und Finissage unentgeltlich Wein und Wasser ausschenken. Wer aber wie ich appetitliche Hhnerbeine oder Lammrckensteaks im moderaten Preissegment sucht, geht zur U 8. Jede Richtung ist richtig. Nördlich vom Rosenthaler Platz wimmelt in der neuen Mitte am Gesundbrunnen ein anderes Leben. Hier reihen sich Lebensmittel- und Billigkramangebote, begutachten Männer in gurrendem Orientalisch vor und hinter langen Theken rosige Hhnerteile, weißliche Kalbsbraten und dunkelrote Lammkeulen. Zwei, drei Kilo hiervon, zwei Kilo davon, Fleischberge klatschen auf die Waage. Mich geniert es, ein Pfund zu ordern, also verlange ich zwei Kilo glänzender Hhnerrcken. Der schmucke Verkäufer gibt lächelnd ein

Beinchen zu. Das Fleisch ist Helal. Für Berlins muslimische Fleischer heißt das, in Polen schächten zu müssen, wo ihnen das rituelle Schlachten nicht wie hier verboten ist. Nicht nur zwischen Gesundbrunnen und Pankstrae kaufe ich zu viel Fleisch, buntes Gemuse, Obst, Oliven und Schafskäse ein. Steige ich in die U-Bahn Richtung Südosten, ist es fast genauso. An der Schnleinstrae schlagen junge bemehrte Männer platte runde Teigscheiben an die heiße Ofenwand, nehmen diese als Brot wieder heraus. Ich lasse mir für 1,20 Euro vier duftende arabische Fladen einwickeln. Die türkischen Supermärkte ähneln sich, auch in Kreuzberg kennen sie kein Za'atar. Dieses arabisch-israelische Gewurz

finde ich im kleinen arabischen Geschäft am Kottbusser Damm. Am Kottbusser Tor prufe ich am Straenstand den dortigen Koriander. Dann esse ich, schwer beladen, in der großen Teestube noch einen frischen Sesamkringel. Wieder zurück in meiner alten Mitte, trinke ich in der Rösterei Berlin einen Espresso, den ich beim nächsten Mal auf der nördlichen Seite der Ackerstraße probieren will. Hier ist im Klub der Polnischen Versager temporär die Kaffee-Konkurrenz als Coffee-Academy zu Hause. Sie wirbt mit Spezialitäten, Belehrungen und dem angeblich besten, auch fair gehandelten, afrikanischen Kaffee.



„Bolu“ in der Badstraße – ein Besuch lohnt sich immer

## Von Handtaschen und Klubsterben

**Es war gerade Mitternacht, als ich am SO36 ankam. Nur eine kurze Schlange trennte mich noch von dem 80er Jahre Partymarathon, der in diesem angesagten Kreuzberger Klub stattfinden sollte. Die 5 € Eintritt waren schnell bezahlt und schon ging es an der Bar vorbei auf die Tanzfläche. Gerade lief Take on Me. Ich stürzte mich ins Gewühl und hob die Hände zu ‚Take on me, take me on‘, da traf mich auch schon die erste Handtasche. Es sollte an dem Abend nicht die Letzte werden.**

Es ist nichts ungewöhnliches, in einem mehr oder weniger vollen Klub beim Tanzen angerempelt zu werden. Doch dass das mit Handtaschen stattfindet, ist neu. Viele Frauen verzichteten an diesem Abend darauf, die 1,50 € für die Garderobe zu bezahlen und so war die Tanzfläche auch noch eine reinste Taschenschau.

An diesem Abend wurde man auch schnell an der Bar bedient. Kein Anstehen.

Und diese Kundschaft soll ab dem April 2013 5 € an der Garderobe lassen und für das Bier 8 € bezahlen, während gleichzeitig die halbe Belegschaft entlassen werden muss? Denn das wären die Konsequenzen, die Klubs wie das SO36 ertragen müssten, sollte die GEMA-Tarifreform tatsächlich in



Alteingesessene und neugegründete Clubs stehen vor dem aus

der derzeitigen Form in Kraft treten. Eine Reform, die die GEMA-Gebühren für Klubs und Discos um bis 1800 Prozent erhöhte. Nicht mal durch höhere Eintrittspreise lässt sich das kompensieren. Denn im gleichen Verhältnis wie die Eintrittspreise steigen auch die GEMA-Gebühren an.

Sollte die Reform in Kraft treten, sind Berliner Klubs wie das SO36 von der Schließung bedroht. Sie bedienen eine Kundschaft, die lieber stundenlang mit Handtaschen tanzt, als 1,50 € für die Garderobe zu bezahlen, die lieber zu Hause vorglht, als an der Bar 3 € für ein Bier zu bezahlen. Eine Kundschaft, die schon teilweise bei 5 € Eintritt zu Hause bleibt.

Diese Konsequenzen der Reform sind der GEMA egal. Sie nutzt ihre Monopolstellung missbräuchlich aus und diktiert den Nutzern von Musik einseitig die Preise, die nur noch die Wahl haben, zu zahlen oder zu schließen.

**Andreas Böttcher**

# Eine Antwort – erschreckend einfach

## Sparen auf Kosten der Bürger

**D**ie letzte Ausgabe der mittendrin hat sich ja bereits mit einigen Aspekten des vom rot-schwarzen Senat verabschiedeten Haushaltsplans beschäftigt, aber die Bezirke und hier unser Bezirk in besonderer Weise tragen die Hauptlast der Einsparvorgaben und deshalb wird und muss uns dieses Thema weiter beschäftigen.

Alle 12 Bezirke sollen noch einmal 1450 Personalstellen einsparen, das ist für den Bezirk Mitte sehr schwierig. Wir haben die Ferienzeit genutzt, um uns die Problemlage in Mitte genauer anzuschauen, da ja mit der Verabschiedung des Haushaltes im Juni dieses Jahres die Lage für die Bezirke eindeutig geklärt war und alle Bezirksbürgermeister diesem Personalabbaukonzept zugestimmt hatten.

Nun haben wir ganz offiziell beim Bezirksbürgermeister Hanke nachgefragt, wie er sich diesen erneuten Eingriff, in die ohnehin angespannte Personalsituation im Bezirksamt, vorstellt. Die Antwort war erschreckend einfach.

Durch natürliche Fluktuation werde man die 223 Stellen schon aus dem Personalkörper herauschneiden. Das

heißt im wesentlichen: alle Fachkräfte die den Bezirk verlassen, können nicht ersetzt werden.

Das ist ein bemerkenswertes Bekenntnis politischer Hilflosigkeit, weil schon jetzt die Dienstleistungen für die Bürger und die gesetzlichen Pflichtaufgaben nur mit großer Mühe und viel Engagement der Beschäftigten, aber zum Teil auch mit heftigen Wartezeiten für die BürgerInnen verbunden sind. Hilflos aber auch deshalb, weil sehr viele fachlich versierte KollegInnen in den nächsten fünf Jahren in den Ruhestand eintreten werden und jetzt neueinstellende Mitarbeiter einarbeiten müssten, damit dieses Wissen nicht verloren geht.

Aber Fehlanzeige! Der Stellenabbau soll fortgesetzt werden, obwohl eigentlich alle wissen, dass genau diese Fachkräfte wie zum Beispiel Sozialarbeiter schwer zu bekommen sind.

Zukunftsfähigkeit sieht anders aus. Deshalb haben wir als Fraktion der Linken ein Personalentwicklungskonzept zum Schwerpunktthema erklärt und werden es auf unserer Klausur im September gemeinsam mit ver.di diskutieren und entwickeln.

**Carola Bluhm**



Langes Warten im Bürgeramt – den Bezirken fehlt jetzt schon Personal

## Politische Bildung

10.09.2012, 19.30 Uhr, Sprengelhaus, Sprengelstraße 15, 13353 Berlin

### „Die NSU-Morde: Ausdruck staatlichen Versagens und die Versuche parlamentarischer Aufklärung“

Mit Eva Högl (MdB, SPD), Jens Petermann (MdB, DIE LINKE), Wolfgang Wieland (MdB Die Grünen)  
Eine Veranstaltung des Bündnis „Mitte gegen Rassismus“

18.09.2012, 18 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

### „ge Druck tes“ Lesung und Gespräch mit Gesine Löttsch und Friedrich Schorlemmer

„Klar sehen und doch hoffen“  
Biographische Essays

22.09.2012, 10 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin

### Konflikte und Herausforderungen in der Entwicklung einer neuen Weltwirtschaftsordnung

Mit Elmar Altvater Joachim Bischoff  
Dieter Boris Ulla Lötzer Rainer Falk Gerhard Dilger, Moderation:  
Tagungsleitung: Hasko Hüning



Am diesjährigen **Tag des offenen Denkmals** nimmt das Karl-Liebknecht-Haus teil, will auf die 100 Jahre zurückliegende Grundsteinlegung hinweisen und an seine wechselvolle Geschichte erinnern.

#### Programm:

- 8. September, 19 Uhr, Dokumentarfilm „Berlin Ecke Volksbühne“ von Britta Wauer;
- 9. September, 16 Uhr, Kaffeeklatsch mit Geschichten aus dem und um das Karl-Liebknecht-Haus mit Dietmar Bartsch und anderen;
- 17 Uhr, Livemusik mit Suzanna;
- 18 Uhr, Lesung mit dem Historiker Ronald Friedmann.

## Das ist das Letzte

Die letzte Beobachtung zum „Sommerloch“ besagt, dass dieses Loch kein Loch wurde, weil der Sommer auch keiner war. Die acht Wochen in Berlin waren voll mit Terminen, Ereignissen und Leuten wie nie. Wo sich dennoch ein Loch auftat, wurde es gleich zum Problemberg: Nehmen wir das U-Bahn-Loch Friedrichstraße/Unter den Linden. Die Hauptschlagader der Hauptstadt erhält mit der Kanzlerbahn einen sehr teuren Bypass. Woanders geschieht das zur Vermeidung eines Infarktes – hier wurde der Infarkt organisiert.

Berlin leistet sich in der Hochsaison des Tourismus 190 Straßenbaustellen. Wer da noch hereinkommt, hat selber schuld. Der ADAC vermacht dem Senat die Rote Laterne für miserable Koordination.

Der Sommer ist stark verregnet. Vielleicht als Soli-Beitrag von Petrus, weil das Berliner Wasser so astronomisch teuer ist. Der Senat wurde von den Wutbürgern am Wassertisch genötigt, die privatisierten Profitanteile zurückzukaufen. Ob es dann billiger wird, weiß man noch nicht.

Auf den Flugplatz, der nicht starten kann, den Hauptbahnhof in der Hauptwüste, den Grundstein für das Kaiserschloss und die Exmittierung des Rentnertreffs möchte ich nur beiläufig hinweisen, damit verständlich wird, warum Berlin das Prädikat der „schlechtesten Stadtverwaltung aller deutschen Großstädte“ erhielt. Wann und wo und wie „Wowi“ das feiert, wurde noch nicht bekannt.

Inzwischen mobilisiert Ministerpräsident Seehofer die bayerischen Schützenvereine um sich die Milliardenhilfe vom Finanzausgleich der Länder aus Berlin zurückzuholen. Der Bundestag mobilisierte seine Abgeordneten, um die Milliardenhilfe für die notleidenden Banken in Europa abzusegnen.

Wenn ich dies alles in Vergleich setze, muss ich sagen: Das tiefste Sommerloch wäre sympathischer als die Probleberge dieser Hauptstadt mit „Sonnenstich“!

Arthur Paul

### Impressum:

**Bezirksvorstand Berlin-Mitte** der Partei DIE LINKE  
**Geschäftsstelle:** Kleine Alexanderstr. 28  
 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337  
**E-Mail-Adresse:** info@die-linke-berlin-mitte.de  
**Internet:** www.die-linke-berlin-mitte.de  
**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs  
**Satz + Druck:** Druckerei Bunter Hund, Berlin  
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.  
**Redaktionsschluss:** 24.08.2012  
**Ausgabetermin für Nr. 10/2012 – 04.10.2012**



Großer Andrang herrschte beim „Sommerfamilienfest“ im Kreativhaus auf der Fischerinsel. Vor allem die jüngeren Besucher kamen bei herrlichem Sonnenschein auf ihre Kosten. Kindertanz, Puppenspiel, Clowns, Zauberei und jede Menge Angebote zum Mitmachen warteten auf die jungen Teilnehmer. Die Eltern konnten bei Hip Hop, Gipsy-Swing, einer Gesprächsrunde zur Entwicklung der Innenstadt und den satirischen Kurzgeschichten von Günther Herlt einen schönen Tag verbringen. Vielen Dank an alle BesucherInnen und OrganisatorInnen.

T.U.



**29. September, 11.30 Uhr,  
 Beginn der Demonstration  
 am Potsdamer Platz**

Alle weiteren Details entnehmen Sie bitte der Tagespresse.

### DIE LINKE. Berlin-Mitte im Internet !

► [www.dielinke-berlin-mitte.de](http://www.dielinke-berlin-mitte.de)  
 Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes  
 DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die  
 »mittendrin« zum Herunterladen.

### DIE LINKE. BVV-Fraktion Berlin-Mitte im Internet !

► [www.linksfraktion-berlin-mitte.de](http://www.linksfraktion-berlin-mitte.de)  
 ► Bezirksverband Mitte – Facebook  
 Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der  
 BVV Mitte – immer auf dem neusten Stand.

### Wir gratulieren im September zum Geburtstag!

- |         |  |
|---------|--|
| Zum 91. | Heinz Jelen  |
| zum 89. | Svatana Frankova   |
| zum 88. | Elisabeth Jäger,<br>Renate Leuschner   |
| zum 87. | Dietrich Letz<br>Ingeborg Recke<br>Joachim Ritter                                |
| zum 86. | Siegfried Bock   |
| zum 85. | Otto Kindzorra,<br>Reinhold Röder<br>Ilse Wolff                                  |
| zum 84. | Gerhard Priezel<br>Gisela Schulz   |
| zum 83. | Ingeborg Heß   |
| zum 82. | Eva-Maria Grampp<br>Gerda Lesser<br>Joachim Rieß                                 |
| zum 81. | Fritz Homa<br>Ursula Hölzel<br>Wolfgang Kolbe<br>Anita Lehmann<br>Elsbeth Lemmer |
| zum 80. | Günter Freyer<br>Erich Muderack  |
| zum 75. | Petro Brombacher<br>Renate Jäpel,<br>Maria Wagner                                |
| zum 70. | Hans-Georg Iwohn   |

